

03.05.18

Ostthüringer Zeitung

# Syrien und die Straßenausbau- Beiträge

## Pößnecker Stadtrat beschließt Resolution

**Pößneck.** Im Pößnecker Stadtrat wurde eine „Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ beschlossen. Von Wolfgang Kleindienst (Birso) eingebracht, fand sich nach längerer Diskussion eine klare und fraktionsübergreifende Mehrheit für den Text. Mit diesem soll überall im Freistaat Druck auf die Landtagsabgeordneten aufgebaut werden, damit diese noch in diesem Jahr die umstrittene Abgabe aus dem Gesetz tilgen. Gleichzeitig möge das Land an einen Ausgleich für die Einnahmenverluste der Kommunen denken beziehungsweise ein neues Straßenausbau-Finanzierungsmodell entwickeln.

Bürgermeister Michael Mode (parteilos) hielt Kleindienst vor, den Stadtrat „mit solchen Papieren“ zu überfahren. Die Stadt sei auch nicht für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zuständig. So sei eine Pößnecker Entscheidung über die Resolution überflüssig.

„Für die Straßenausbaubeiträge sind wir schon zuständig“, meinte Enrico Kleebusch (SPD). Gerade seine Partei und die Linke hätten da eine Bringschuld, gab er zu verstehen. Der Resolution konnte er aber nicht entnehmen, wie die Stadt im Falle eines Falles den Verzicht auf die Beiträge vom Land ausgeglichen bekommt. Alf-H. Borchardt (FDP/FW/FFW) nannte den Text später „schwammig“

Das sei so gewollt, erklärte Kleindienst, was ziemlich überraschte, nimmt er doch die Dinge sonst sehr genau. Mit der von seiner Bürgerallianz Thüringen entworfenen Resolution soll praktisch keinem direkt auf die Füße getreten, trotzdem ein landespolitischer Richtungswechsel erreicht werden. Rot-Rot-Grün in Thüringen möge sich ein Beispiel an der Straßenausbaubeitrags-Abschaffungspartei CSU in Bayern nehmen, so Kleindienst, der vor nicht allzu langer Zeit bei diesem Thema noch ein glühender Verehrer der Ramelow-Regierung war.

## Stadtrats- und Landtags- Wahlkampf ist eröffnet

Zwölf von zwanzig anwesenden Stadträten, der Bürgermeister und Justiziar Udo Schäfer meldeten sich teils wiederholte Male zu Wort, argumentierten kreuz und quer, bis zu den Atomwaffen hoch und die Entlastungen für die Grundstückseigentümer runter. „Herzlichen Glückwunsch zur Eröffnung des Wahlkampfes“, konnte Thomas Weidemann (FDP/FW/FFW) da nur sagen und fragte sich, ob sich Thüringen das bayerische Modell überhaupt leisten könne. So lange SPD-Bundesminister Heiko Maas „eine Milliarde Euro an Syrien verschenken“ könne, schon, meinte Kleindienst. 2019 wird im Frühjahr der Stadtrat und im Herbst der Landtag neu gewählt. (mko)